

## Nichts ist mehr wie es war? Garantiertes Mindesteinkommen unter Beschuss? Anmerkungen von Caritas Luxembourg zum „Etat de la Nation“

So manches in der Rede des Premierministers zur Lage der Nation vom 10. April 2013 gefällt uns sehr gut (die sozialen Ansätze, das Bekenntnis zu einer fairen Gesellschaft, gegen den Gruppenegoismus z.B.), anderes gefällt uns weniger gut und manches fehlt uns auch. Wir wollen an dieser Stelle nur einen Punkt aufgreifen, der uns überhaupt nicht gefallen hat.

„Ech hun et dofir net gär, wann iwwer d'RMG-Bezéier domm geschwat an op si rof gekuckt gët.“ Dies ist ein Zitat aus der Rede des Premierministers zur Lage der Nation (in meiner Erinnerung sagte er gar, er sei wütend; wütend könnten andere sein). Dazu fällt einem nur noch ein, dass Schweigen Gold gewesen wäre. Stattdessen fuhr der Premier damit fort, dass man sie nicht in der Armut sitzen lassen dürfe, und dass man sie in größerem Maße als bisher zu allgemein nützlichen Arbeiten beim Staat und den Gemeinden heranziehen wolle. Und bekommt dafür auch noch von verschiedenen Seiten Beifall, das sei eine gute Idee! Man wird den Eindruck nicht los, dass aus populistischen Gründen jeder glaubt über den RMG etwas sagen zu können, auch wenn er von der Materie keine Ahnung hat.

In seiner letztjährigen Rede zur Lage der Nation hatte der Premierminister schon eine Attacke gegen „RMG-Empfänger“ geritten, desgleichen auf dem CSV-Kongress in diesem Frühling und bei den Economydays 2013 hieb der Wirtschaftsminister in die gleiche Kerbe: „Arbeit müsse sich wieder lohnen“.

Setzen wir dem ein anderes Zitat entgegen: „Dies ist im Allgemeinen grober Unfug, um es noch gelinde auszudrücken.“ So steht es im Kapitel 4 auf Seite 77 des Sozialalmanach (und auch auf Seite 21/22 wird das Thema angeschnitten).

Sind mit den „RMG-Empfängern“ jetzt die bösen Buben gefunden, denen Beine gemacht werden müssen? Und warum ist das Unfug?

Einen „RMG-Empfänger“ oder gar „den RMG-Empfänger“ gibt es nicht. Es geht vielmehr um Empfänger einer „allocation complémentaire“ oder einer „indemnité d'insertion“. Das RMG, das garantierte Mindesteinkommen bezeichnet den Betrag, die Schwelle, unter die niemand fallen soll, wobei das Einkommen des gesamten Haushaltes herangezogen wird. Deshalb ist es auch falsch, wenn es in der Rede des Premiers heißt, dass es 11.300 „RMG-Bezieher“ gäbe; richtig ist vielmehr, dass es im August 2012 (neueste Zahlen des SNAS) 10.121 Haushalte waren, in denen 19.946 Personen lebten und die von den RMG-Maßnahmen profitieren. Diese Maßnahmen der RMG-Gesetzgebung richten sich an drei verschiedene Gruppen. Da sind zum einen

jene, die einer normalen geregelten Arbeit nachgehen, aber mit dieser weniger verdienen, als das RMG entsprechend ihrer Familiensituation beträgt (wozu beispielsweise ein Großteil der Mindestlohnempfänger gehört). Diese bekommen eine so genannte „allocation complémentaire“ die ihr Einkommen nicht nur auf die Höhe des RMG bringt, sondern auf das 1,3-fache davon (damit sich Arbeit lohnt!). Die zweite Gruppe besteht aus jenen, die ohne Arbeit und Einkommen sind, zum Beispiel als Arbeitslose nach 12 Monaten keine Arbeitslosenentschädigung mehr bekommen. Diese bekommen vom „Service National d'Action Sociale“ (SNAS) eine Arbeitsmaßnahme (zum Teil bei Gemeinden!) zugewiesen (und diese ist unter Androhung des Verlustes der Unterstützung obligatorisch!). Dabei bekommen sie entweder die „indemnité d'insertion“ in Höhe des RMG, oder verdienen den Mindestlohn, der gegebenenfalls in Abhängigkeit von der Familiengröße noch um eine „allocation complémentaire“ aufgestockt werden muss. Die dritte Gruppe betrifft dann diejenigen, die aufgrund von Alter, Krankheit, Handicap etc. eine Dispens von der Arbeit haben und die eine ebenfalls „allocation complémentaire“ genannte Entschädigung erhalten. Da die einen bereits in Arbeit sind, die anderen von der Arbeit dispensiert sind, woher sollte man dann diejenigen rekrutieren, die sodann zusätzlich bei Staat und Gemeinden zu allgemein nützlichen Arbeiten heranzuziehen wären? Die anscheinend so gute Idee des Premiers entlarvt sich also als eine reine Luftblase!

Es gibt aber viele gute Gründe, eine RMG-Reform anzugehen, die ja auch im Regierungsprogramm von 2009 vorgesehen ist, und es wird ja auch im Moment im Familienministerium daran gearbeitet. Einer davon hat tatsächlich etwas damit zu tun, mehr Betroffene in Arbeit zu bringen.

Die von Arbeit dispensierten sind dies ja, weil es einen Grund gibt. Darunter gibt es nun rund 1.200 Personen, die arbeiten könnten, die Dispens aber bekommen, weil sie nicht dürfen, und zwar weil bereits einer Person aus dem entsprechenden Haushalt eine Arbeitsmaßnahme zugewiesen wurde. Diese Bestimmung betrifft überwiegend Frauen und muss deshalb bei der anstehenden Reform abgeändert werden. Daraus ergäbe sich aber nicht automatisch das angestrebte zusätzliche Reservoir für Staat und Gemeinden, sondern diese könnten in eine Arbeitsmaßnahme wie die anderen vermittelt werden, da dort die Nachfrage größer ist als das Angebot.

Weitere Ausführungen zu dieser Thematik sind der Caritas-Studie „Réflexions concernant le RMG“ (auf [www.caritas.lu](http://www.caritas.lu) unter „Publications“), sowie dem Abschnitt 4.6 im Sozialalmanach 2013 (erhältlich bei Caritas oder in Büchereien) zu entnehmen.

RUE